

Die BDA organisiert als Spitzenverband die sozial- und wirtschaftspolitischen Interessen der gesamten deutschen Wirtschaft. Wir bündeln die Interessen von rund 1 Mio. Betrieben mit ca. 30,5 Mio. Beschäftigten. Diese Betriebe sind der BDA durch freiwillige Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden verbunden.

[www.arbeitgeber.de](http://www.arbeitgeber.de) | [soziale.sicherung@arbeitgeber.de](mailto:soziale.sicherung@arbeitgeber.de) | +49 30 2033-1600



## **Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) im Unternehmen**

## Gesetzliche Grundlagen

### § 109 Abs. 1 SGB IV i.V.m. § 295 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB V

sieht vor, dass die Krankenkassen ab dem 1. Januar 2022 nach Eingang der Arbeitsunfähigkeitsdaten eine Meldung zum Abruf für den Arbeitgeber zu erstellen haben. Gleiches gilt gemäß § 109 Abs. 3a SGB IV nach Eingang der voraussichtlichen Dauer und des Endes von stationären Krankenhausaufenthalten (§ 301 Abs. 1 Satz 1 SGB V) und nach § 109 Abs. 3b SGB IV nach Eingang von Arbeitsunfähigkeitsdaten bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten (§ 201 Abs. 2 SGB VII).

### § 125 SGB IV

sieht eine entsprechende Pilotierung ab dem 1. Juli 2021 vor. Durch das Gesetz zur Verbesserung der Transparenz in der Alterssicherung und der Rehabilitation sowie zur Modernisierung der Sozialversicherungswahlen (Gesetz Digitale Rentenübersicht) wurde der Start des Verfahrens sowie der Pilotierung verschoben. Pilotierungen sind nunmehr ab dem 1. Januar 2022 zulässig.

Der obligatorische Start des Verfahrens war zunächst für den 1. Juli 2022 vorgesehen. Aufgrund von Verzögerungen in der vorgelagerten Phase zwischen den Ärzten und Krankenkassen wurde eine Verlängerung der Pilotierungsphase mit dem Gesetz zur Verlängerung von Sonderregelungen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie beim Kurzarbeitergeld und anderer Leistungen bis zum 31. Dezember 2022 gebilligt. Der obligatorische Start wurde somit auf dem 1. Januar 2023 verschoben.

Die Pflicht zur Anzeige der Arbeitsunfähigkeit nach § 5 Abs. 1 Satz 1 EntgFG besteht über den 1. Januar 2023 hinaus fort.

## Abrufbar für gesetzlich Versicherte sind Bescheinigungen von/über:

- Arbeitsunfähigkeit vom Vertragsarzt/ -zahnarzt
- Arbeitsunfähigkeit bei Arbeitsunfall
- Stationärer Aufenthalt im Krankenhaus

## Nicht abrufbar sind Bescheinigungen von/über:

- Privatärzten
- Ärzten im Ausland
- Rehabilitationsleistungen
- Privat krankenversicherten Arbeitnehmern
- Beschäftigungsverbote
- Erkrankung des Kindes
- Stufenweise Wiedereingliederung
- Erkrankung im Ausland

### GUT ZU WISSEN

Ein Abruf der eAU ist nur dann sinnvoll, wenn der Arbeitnehmer zu diesem Zeitpunkt bereits verpflichtet ist, eine Arbeitsunfähigkeit durch den Arzt feststellen zu lassen und diese bereits vom Arzt an die Krankenkasse übermittelt werden konnte.

### Weitere allgemeine Informationen zur eAU können hier abgerufen werden:

- **Informationen für gesetzlich Krankenversicherte:** Elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) – GKV-Spitzenverband oder wenden Sie sich an Ihre Krankenkasse [▶](#)
- **Informationen für Ärzte:** KBV - Elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) oder wenden Sie sich an die für Sie zuständige KV [▶](#)
- **Informationen für Arbeitgeber:** Elektronischer Datenaustausch in der GKV (Gemeinsame Grundsätze eAU, Verfahrensbeschreibung eAU) [▶](#) | Pflichtenheft [▶](#) Informationsportal für Arbeitgeber [▶](#) | FAQ zum Datenaustausch [▶](#) | Infoseite der BDA [▶](#)



## Ablauf:

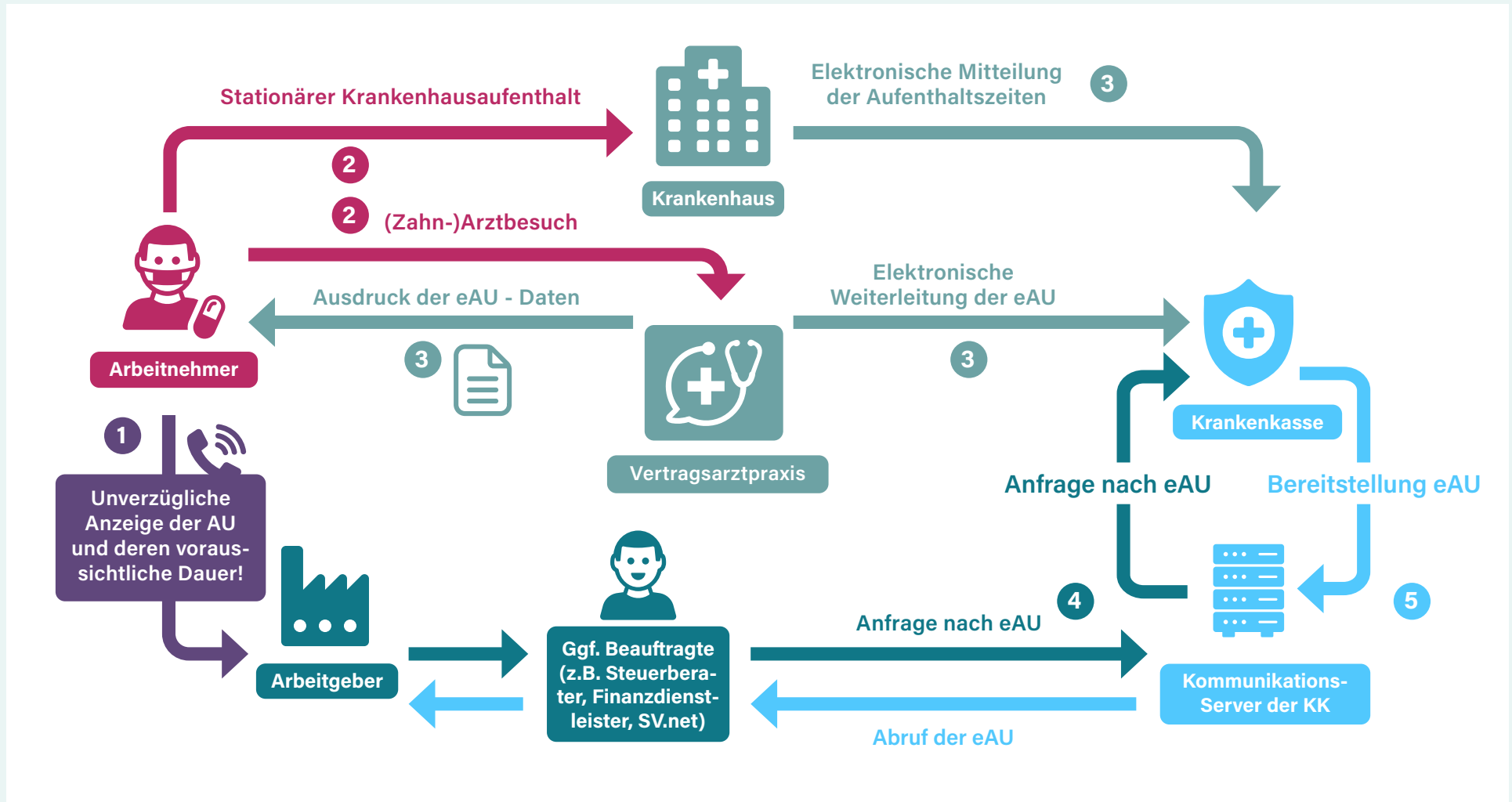
- 1 Der Arbeitnehmer meldet dem Arbeitgeber unverzüglich seine Arbeitsunfähigkeit. Diese Verpflichtung kann bereits vor dem Arztbesuch oder Krankenhausaufenthalt bestehen. Ebenfalls muss der Arbeitnehmer die voraussichtliche Dauer seiner Arbeitsunfähigkeit unverzüglich mitteilen.
- 2 Der Arbeitnehmer erhält von seiner Arztpraxis einen Ausdruck der AU-Daten für sich selbst. Auf seinen Wunsch erhält er zudem eine ausgedruckte AU-Bescheinigung für seinen Arbeitgeber.
- 3 Nach dem Arztbesuch, spätestens bis 24:00 Uhr, übermittelt die Arztpraxis die Arbeitsunfähigkeitsdaten elektronisch an die Krankenkasse. Im Falle eines Krankenhausaufenthaltes übermittelt das Krankenhaus die Aufenthalts- und Entlassungsdaten an die Krankenkasse.
- 4 Der Arbeitgeber oder ein Beauftragter (z.B. eine Steuerberatungskanzlei) sendet eine Anfrage nach der eAU an die Krankenkasse über deren Kommunikationsserver.
- 5 Nach Erhalt der Anfrage stellt die Krankenkasse die eAU zum Abruf auf dem Kommunikationsserver bereit. Der Arbeitgeber oder sein Beauftragter erhält eine Benachrichtigung über die erfolgte Bereitstellung. Der Abruf sollte am Folgetag der ärztlichen Feststellung möglich sein.

**AUSNAHME:** Ist die eAU noch nicht bei der Krankenkasse eingetroffen (z.B. weil sie von der Praxis noch nicht übermittelt wurde oder in der Praxis keine Internetverbindung besteht), erhält der Arbeitgeber oder sein Beauftragter eine entsprechende Fehlermeldung. In diesem Fall kann es beim Abruf der eAU zu einer zeitlichen Verzögerung (Postweg) kommen.

### ACHTUNG

Der Arbeitgeber darf die eAU nur abfragen, wenn der Arbeitnehmer die abzurufende Arbeitsunfähigkeit angezeigt hat und für den angefragten Zeitraum ein Arbeitsverhältnis mit dem Arbeitnehmer bestand!

## Verfahren ab 01.01.2023



## Verfahren bei technischer Störung

### VARIANTE 1:

Ist die technische Störung beim Arztbesuch noch nicht bekannt, stellt die Praxis dem Arbeitnehmer zunächst einen Ausdruck der eAU-Daten bereit. Sobald die Praxis von der technischen Störung Kenntnis erlangt, übermittelt sie einen Ausdruck der eAU via Post an die Krankenkasse. Die Krankenkasse scannt den Ausdruck und stellt die eAU zum Abruf auf dem Kommunikationsserver bereit. Es ist damit zu rechnen, dass es in diesem Fall zu einer mindestens zweitägigen Verzögerung der Abrufbarkeit kommt.

